

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/185

Bad Godesberg, den 27. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

B E R L I N

30

Nach dem Rücktritt von Heinrich Albertz

2 - 3

Straßburg

91

Europapolitik im Mittelpunkt

Von Egon G. Heinrich, z. Z. Straßburg

4

Weltmacht-Hunger

40

Von Bundesminister Hans-Jürgen Wischnewski

5

Schleswig-Holstein

44

Wünsche der dänischen Minderheit

* * *

B E R L I N

Nach dem Rücktritt von Heinrich Albertz

sp - Der unvermeidlich gewordene Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Heinrich Albertz, soll nicht die Verdienste dieses Mannes in Vergessenheit geraten lassen, die er sich in fast zwölfjähriger Tätigkeit für diese Stadt erworben hat. Es war für ihn gewiß nicht leicht, vor zehn Monaten die Nachfolge eines Willy Brandt anzutreten. Seine Partei folgte ihm nicht immer auf allen Wegen; es kam zu Flügelbildungen und zu Querelen, gewiß eine unerfreuliche und nicht frei von Gefahren bestehende Situation. Doch Albertz wich nicht dem Druck der Straße. Er zog die Konsequenz aus der Tatsache, daß es ihm nicht gelang, einen Nachfolger für den zurückgetretenen Innensenator Büsch zu finden und machte damit die Bahn frei für neue Lösungen.

In diesen nicht nur für Berlin hektischen Tagen verdient doch eines als politisches Charakteristikum erster Größenordnung festgehalten zu werden: Die Berliner SPD war in der Lage, trotz Flügelbildungen und Personenrivalitäten, ein gemeinsames Papier zu erarbeiten, das sich einreicht in die Bonner Entspannungspolitik und das gleichzeitig der besonderen Stellung Westberlins in einer sich verändernden Lage Rechnung trägt. Alle Richtungen in der Berliner SPD, wer immer sie auch repräsentieren mag, eint der Wille und die Entschlossenheit, über die Krise bald hinwegzukommen. Der Landesparteitag der Berliner SPD wird früher zusammentreten, als ursprünglich vorgesehen war. Bei ihm liegen als höchstem souveränem Organ die politischen Entscheidungen.

In der vor dem Senat vom 13. Mai dieses Jahres abgegebenen Regierungserklärung hieß es, die Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit Westberlins erfordere die Konzentration aller Kräfte. Dieses Wort hat heute, nach dem Rücktritt Albertz' eine größere Wichtigkeit denn je. Diese Konzentration der Kräfte muß erfolgen vor dem Hintergrund eines sich bis in die siebziger Jahre vollstreckenden Umstellungsprozesses, der sowohl die Deutschlandpolitik mit ihren vielschichtigen Aspekten als auch die wirtschaftliche Situation und Fragen der Sicherheit und Ordnung einbeziehen muß.

Straßburg

Europapolitik im Mittelpunkt

Von Egon C. Heinrich, z. Z. Straßburg

Straßburg steht in diesen Tagen wieder einmal im Mittelpunkt der Europapolitik. Rund 300 Abgeordnete aus den 18 Mitgliedsländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Europarates diskutieren eine Woche lang die aktuellen und grundsätzlichen Probleme der europäischen Einigungspolitik. Den Auftakt bildete die "Regierungserklärung" des neuen Präsidenten der Vereinigten Kommission der drei Europäischen Gemeinschaften, des Belgiers Jean Rey vor dem Europäischen Parlament. Seine mit großer Spannung erwartete Rede erweckte allgemein den Eindruck, daß die Leitung der Brüsseler Kommission in guten Händen ist. Rey erklärte, daß sich die EWG-Kommission in ihrem Bericht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien aussprechen werde.

Eine gewisse Kritik mußte Rey indessen von den großen Fraktionen des Europäischen Parlaments hinnehmen: sowohl der SPD-Abgeordnete Metzger, als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktionen als auch der Abgeordnete Furler (CDU) warnten die Brüsseler Kommission vor allzu großer Rücksichtnahme auf die Haltung der Regierungen. Rey hatte angekündigt, daß er beabsichtige, künftig in allen Sachfragen enge Kontakte zu den Regierungen zu pflegen. Darin sehen die Parlamentarier die Gefahr, daß die Kommission ihre im EWG-Vertrag garantierte Unabhängigkeit sowie ihr Initiativ- und Vorschlagsrecht einbüßen könnte. Bemängelt wurde auch, daß sich die Kommission nicht für eine Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments ausgesprochen hatte.

Sowohl in der eintägigen Sitzung des Europäischen Parlaments als auch in der sich daran anschließenden zweitägigen gemeinsamen Sitzung mit der Beratenden Versammlung des Europarates stand die Frage der Erweiterung der Sechsergemeinschaft auf die übrigen demokratischen Staaten Westeuropas im Mittelpunkt. Die positive Haltung der EWG-Kommission wurde von EWG- und EFTA-Parlamentariern begrüßt. Im Gegensatz zu früheren Jahren wurde auch von den EFTA-Vertretern die Idee einer großen Europäischen Freihandelszone nicht mehr postuliert. Die einzige Möglichkeit zur Überwindung der unglückseligen Spaltung Westeuropas in zwei Wirtschaftsblöcke wird im Beitritt der EFTA-Länder zum Kerneuropa der EWG gesehen. Selbst die Schweden scheinen jetzt an eine Vollmitgliedschaft in der EWG zu denken, wobei sie hoffen, dies mit ihrer Neutralitätspolitik vereinbaren zu können. Der wirtschaftliche und politische Erfolg der EWG wurde von den EFTA-Parlamentariern neidlos anerkannt. Der frühere sozialdemokratische Außenminister Per Hækkerup erklärte, daß die antragstellenden Länder nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Integration mit der EWG anstrebten. Jetzt gehe es darum, "den Kreis zu erweitern".

Im Hintergrund der Beitrittsdebatte stand der französische Staatspräsident de Gaulle. Er war der unsichtbare Gegner, gegen den die Mehrzahl der Redner unwillkürlich ankämpfte. Zwei gaulistische Abgeordnete hatten hier einen schweren Stand. Großes Aufsehen erregte in Straßburg die Rede des früheren konservativen britischen Ministers Duncan Sandys. Er seziierte Punkt für Punkt die de Gaulle'schen Einwände gegen den eng-

lischen Beitritt, um sie dann zu widerlegen. Wie die übrigen Briten, so verwies auch er auf das klare Beitrittsvotum im englischen Unterhaus. Duncan Sandys schreckte selbst vor scharfer Kritik an französischer Staatspräsidenten nicht zurück. De Gaulle vertrete nicht die Meinung der Mehrheit des französischen Volkes. Großbritannien sei genauso europäisch wie der General, vielleicht sogar noch europäischer. Man frage sich manchmal, ob de Gaulle an Europa oder nur an Frankreich denke. Sandys betonte, England sei sowohl von den USA als auch innerhalb des Commonwealth unabhängig. Um europäisch zu sein, müsse man nicht in Anti-Amerikanismus verfallen. Die Probleme der Agrarpolitik, der britischen Zahlungsbilanz und der Reservewährung des Pfund-Sterling seien kein Hindernis für den Beitritt. Es gehe jetzt darum, ob die EWG eine offene Gemeinschaft oder ein exklusiver, abgeschlossener Club bleiben soll. Übereinstimmend war man im Straßburger Europahaus der Ansicht, daß Europa keine andere Möglichkeit als der Zusammenschluß auf politischem, wirtschaftlichem und technologischen Gebiet bleibe, wenn es nicht wirtschaftlich und wissenschaftlich in noch größeren Rückstand und damit in Abhängigkeit zu den Weltmächten USA und Sowjetunion geraten wolle.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Klaus-Peter Schulz (Berlin) sagte zu den Zweifeln an der deutschen Haltung, daß die überwiegende Mehrheit des Deutschen Bundestages unverändert für eine Erweiterung der Sechsergemeinschaft eintrete. Die Konzeption des größeren Europas habe vom Bewußtsein unserer Völker Besitz ergriffen und beginne, eine öffentliche Macht zu werden. Er sah darin Ansätze zu einer "relance" der europäischen Idee. Man dürfe annehmen, daß man in der Europapolitik durch das tiefste Tal hindurch sei. Der SPD-Abgeordnete zog das Resümé der Debatte, indem er die beiden europäischen Versammlungen als die Widerlegung des von de Gaulle dafür gebrauchten Bildes eines leblosen Wels bezeichnete, der an den Ufern des Rheins gestrandet sei.

Neben der Beitrittsfrage zog sich wie ein roter Faden durch die Sitzungswoche das Problem der griechischen Militärdiktatur. Die von den skandinavischen Ländern gegen Griechenland eingereichte Klage vor der Europäischen Menschenrechtskommission wurde in Straßburg nachdrücklich unterstützt. In der von der Beratenden Versammlung angenommenen Entschließung heißt es, daß eine Verletzung der Menschenrechte mit der Mitgliedschaft im Europarat unvereinbar sei. Die sozialistischen Abgeordneten verurteilten die Athener Diktatur besonders scharf. So forderte der SPD-Abgeordnete Metzger als Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EWG und Griechenland. Der belgische Sozialist Dehousse brachte Griechenland mit den Verhandlungen zwischen der EWG und Spanien in Verbindung. Man könne nicht einerseits Griechenland verurteilen und andererseits in Verhandlungen mit dem Franco-Regime eintreten. Zur Zeit befinden sich noch sechs griechische Abgeordnete des Europäischen Parlaments bzw. des Europarates in Haft.

+ + +

Weltmacht Hunger

Von Bundesminister Hans-Jürgen Wischniewski

Um über 200 Millionen Menschen hat die Weltbevölkerung in den letzten fünf Jahren zugenommen. Diese Millionen repräsentieren eine Macht, die einen bedrohlichen Motor besitzt: den Hunger. Denn die Heimat dieser 200 Millionen sind hauptsächlich die Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Länder, in denen das Ernährungsproblem katastrophale Ausmaße annimmt. Die Situation: Zur Zeit leben auf der Erde etwa drei Milliarden Menschen. Jährlich werden etwa 60 bis 70 Millionen Menschen hinzugeboren. Die Annahme von über sechs Milliarden Erdbewohner zum Ende unseres Jahrhunderts ist also durchaus realistisch. Zur Zeit verfügt ein Drittel der Menschen über vier Fünftel der Ernährungsgüter der Welt. Bei den übrigen zwei Dritteln verhungern jährlich 25 Millionen Menschen. Nach realistischen Schätzungen wird sich die Situation infolge der Bevölkerungsexplosion in den südlichen Breiten trotz erheblicher Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion noch weiter verschlechtern. Das Nahrungsmitteldefizit wird 1970 ca. sechs Milliarden DM und 1980 etwa 32 Milliarden DM betragen, so daß sich für diesen Zeitraum drohende Hungerkatastrophen in weiten Gebieten der Erde schon jetzt abzeichnen.

Die Industrie- und Entwicklungsländer versuchen gemeinsam mit den internationalen Organisationen den Hungerkatastrophen vorzubeugen, doch die jetzigen Anstrengungen reichen noch nicht aus. Die Bevölkerungswalze rollt schneller und schneller.

Die Bundesrepublik leistet ihren Beitrag im Kampf gegen den Hunger, indem sie an seinen Brennpunkten über 300 deutsche Berater in 80 deutschen Landwirtschaftsprojekten eingesetzt hat. Die dafür notwendigen Mittel werden in erster Linie zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität in den Entwicklungsländern eingesetzt. Die Lieferung von Nahrungsmitteln aus den Überschußländern in die Hungergebiete ist keine Lösung des Problems und kann für die Zukunft sogar schädliche Entwicklungen nach sich ziehen. Eine Linderung des Problems kann nur durch eine leistungsfähige Landwirtschaft in den Entwicklungsländern selbst erreicht werden. Das bedeutet, den Einsatz besseren Saatguts, mehr künstlichen Düngers und eine breitere fachliche Ausbildung der Landbevölkerung in diesen Ländern.

Um dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen, ist es notwendig, daß alle Industriestaaten den Hunger als eine Weltmacht schon heute anerkennen und die Wertung ihrer Politik darauf einstellen. Eine Welt, die Hunger leidet, das sollte jedem bewußt sein, hat auch für deutsche Probleme kein Interesse und bedeutet für unser exportorientiertes Land eine Gefahr.

Schleswig-Holstein

Wünsche der dänischen Minderheit

Kl - Kiel

Nachdem der Kontaktausschuß für die deutsche Minderheit in Dänemark (Nordschleswig) unter Vorsitz des Kopenhagener Staatsministers Jens Otto Krag mehrfach zusammengetreten war, ist es jetzt zum ersten Mal auch in Bonn zu einer Sitzung des Kontaktausschusses für die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein unter Vorsitz von Bundesinnenminister Paul Lücke gekommen. In Kopenhagener Regierungskreisen war diese Begegnung seit langem empfohlen worden; daß sie jetzt stattfand, hat man begrüßt. Es gibt jedoch keine Zweifel darüber, daß noch eine Reihe von Wünschen der dänischen Minderheit zu erfüllen sind.

Da ist zunächst einmal das Problem des Mehrheitswahlgesetzes. Nach der Ansicht der dänischen Minderheit sollte sie trotz des Mehrheitswahlgesetzes in der Bundesrepublik die Chance erhalten, im deutschen Bundestag vertreten zu sein. Wenn diese Überlegungen auch mehr theoretisch sind, nachdem die dänische Minderheit an der letzten Bundestagswahl nicht teilnahm und gegenwärtig bei 27.000 Stammwählern liegt, so möchte sie ihre Chance als nationale Minderheit auch bei einem deutschen Mehrheitswahlgesetz behalten. Das gilt analog für den schleswig-holsteinischen Landtag, wo der Südschleswigsche Wählerverband mit dem Abgeordneten Berthold Bahnsen vertreten ist.

Ferner geht es den dänischen Minderheitenvertretern darum, einen Schadenersatz für Angehörige der Minderheit durchzusetzen, die zwischen 1935 und 1945 von den Nationalsozialisten wegen ihrer dänischen Gesinnung benachteiligt worden sind. Es handelt sich hier nicht um die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts aufgrund der bestehenden Gesetze. Diese Wiedergutmachung ist gelöst. Es geht um Benachteiligungen gegenüber Minderheiten-Angehörigen, welche die deutschen Wiedergutmachungsgesetze nicht geregelt haben. Man denkt in Bonn daran, den Ermessensspielraum bei bestehenden Gesetzen so auszuweiten, daß den Wünschen der dänischen Minderheit entsprochen werden kann.

Ein weiterer Komplex berührt die Notstandsgesetzgebung. In der Sache geht es der dänischen Minderheit darum, unter besonderen Umständen nicht benachteiligt zu werden, wenn etwa in der Bundesrepublik der innere oder äußere Notstand ausgerufen werden sollte. Nachdem den Vertretern der Minderheit in Bonn eine rechtzeitige und detaillierte Unterrichtung über die deutsche Notstandsgesetzgebung zugesichert worden ist, konnte dieses Problem vorerst beiseite gelegt werden.

Schließlich nahm man in Bonn zur Kenntnis, daß die dänische Minderheit mindestens einmal im Jahr vor dem Kontaktausschuß aus Bundesregierung und Bundestag seine Wünsche vortragen möchte. Da der SSW im Kieler Landtag mit einem Abgeordneten vertreten ist, können dort Kinderheitenfragen mit regionalen Perspektiven direkt angesprochen werden. Bundesinnenminister Lücke hat der dänischen Minderheit zugesichert, daß es bei diesem Rhythmus jetzt bleiben soll und die nächste Sitzung in Flensburg stattfindet.